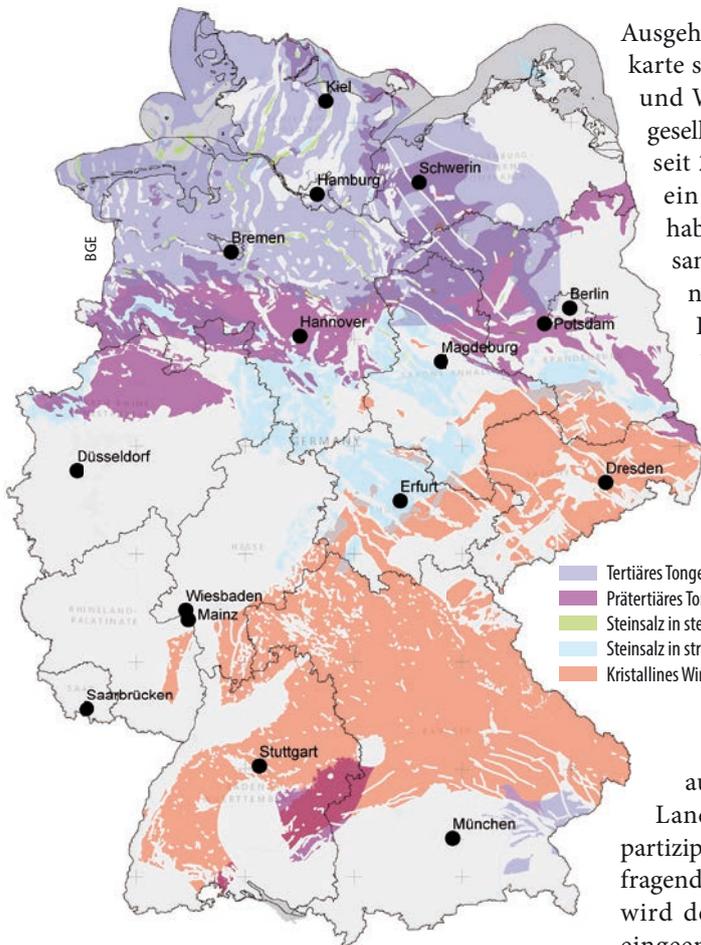


Die Landkarte der Endlagersuche

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat einen Zwischenbericht bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland vorgelegt.



Ausgehend von einer weißen Landkarte suchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) seit 2017 mögliche Standorte für ein deutsches Endlager. Dazu haben sie geologische Daten gesammelt, um zunächst ungeeignete Gebiete auszuschließen. In einem Zwischenbericht veröffentlichte die BGE nun 90 Gebiete, die potenziell als Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle infragekommen.¹⁾

Gemäß den Vorschlägen der Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe erfolgt die Standortsuche ausgehend von einer weißen Landkarte wissenschaftsbasiert, partizipativ, transparent, selbsthinterfragend und lernend.²⁾ In drei Phasen wird der Suchraum immer weiter eingengt: vom gesamten Bundesgebiet über überörtlich zu erkundende Standortregionen und über unterörtlich

zu erkundende Standorte bis zu einem Vorschlag für einen Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für ein Endlager hochradioaktiver Abfälle.

Als Wirtsgesteine kommen Steinsalz, Ton- und Kristallgestein infrage. Im ersten Schritt wurden Gebiete ausgeschlossen, die sich beispielsweise aufgrund großräumiger Vertikalbewegungen, aktiver Störungzonen oder seismischer Aktivität nicht eignen. In den verbleibenden Gebieten gilt es, diejenigen zu identifizieren, welche die Mindestanforderungen erfüllen, etwa in puncto Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs, dem Erhalt der Barrierewirkung oder aufgrund der angenommenen Mindestfläche des Endlagers.

Insgesamt 90 Teilgebiete mit einer Fläche von rund 240 000 Quadratkilometern bringen günstige geologische Voraussetzungen für ein Endlager mit. Diese Gebiete gilt es im zweiten Schritt der Standortsuche, zunächst überörtlich genauer zu erkunden.

Maike Pfalz / BGE

Über die Hälfte der Fläche Deutschlands kommt prinzipiell als Endlager für hochradioaktive Abfälle infrage.

KI im Kontext

Nach zwei Jahren intensiver Diskussionen präsentieren die Projektgruppen der Enquete-Kommission zur Künstlichen Intelligenz ihre Stellungnahmen.

Die Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“ besteht aus 19 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 19 externen Sachverständigen. Ziel der im September 2018 eingesetzten Kommission ist es, den zukünftigen Einfluss der Künstlichen Intelligenz (KI) auf

Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt in Deutschland zu untersuchen. Zur Diskussion stehen technische, rechtliche und ethische Fragen zu den Chancen und Herausforderungen der KI. Ende September präsentierten die sechs Projektgruppen der Kommission ihre vorläufigen Ergebnisse als Basis für den Abschlussbericht.¹⁾

Die Projektgruppen befassten sich mit dem Zusammenspiel von KI mit der Wirtschaft, dem Staat, Gesundheit und Mobilität, den Medien sowie dem Einfluss auf Arbeit, Bildung und Forschung. Unabhängig vom Thema stimmen die Stellungnahmen darin überein, dass Deutschland über eine herausragende Grundlagenforschung

in der KI verfügt, die erfolgreiche Anwendungen in allen diskutierten Bereichen ermöglichen kann. Außerdem gebe die KI-Strategie der Bundesregierung eine gute Orientierung für die Entwicklung in den nächsten Jahren.

Zu den kontrovers diskutierten Punkten gehört die Frage, wie die öffentlichen Fördermittel eingesetzt werden sollen. Ein Vorschlag aus der Projektgruppe „KI und Arbeit, Bildung und Forschung“ zielt darauf ab, dass staatlich geförderte KI-Forschung immer zur Bildung interdisziplinärer Konsortien aufruft und stets gesellschaftlich relevante Zielsetzungen verfolgt.

Kerstin Sonnabend

1) Weitere Informationen unter bit.ly/2HdvrGd

1) Mehr Informationen unter www.bge.de/de/endlagersuche/zwischenbericht-teilgebiete.

2) Physik Journal, Oktober 2016, Seite 20